



**Bernd Lynack MdL**  
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:  
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim  
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52  
Fax: 0 51 21 / 69 42 37  
info@bernd-lynack.de  
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 03.03.2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

hinter mir liegt die Plenarwoche des März. Auch wenn Niedersachsen mit anderen Bundesländern weiterhin für den Erhalt der Auftragsverwaltung im Bereich der Bundesautobahnen und damit für die Aufrechterhaltung der erfolgreich arbeitenden Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eintritt, bedarf es im Falle des Aufgabenübergangs auf die von der Bundesregierung geplanten neuen Bundesbehörde eines klar nachvollziehbaren Fahrplans.



Niedersachsen hat eine leistungsfähige und erfolgreiche Landesbehörde. 3.200 Beschäftigte leisten eine hervorragende Arbeit. Die vom Bund erzwungene Reform der Auftragsverwaltung betrifft 940 Vollzeiteinheiten im Bereich Betrieb, Planung und Bau. Betroffen sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Autobahnmeistereien und Mischmeistereien sowie Beschäftigte in der Tunnelüberwachung und in der Steuerung der Verkehrsbeeinflussungsanlagen. Es muss sichergestellt sein, dass die betroffenen Beschäftigten der Landesbehörde nicht zu den Verlierern der vom Bund veranlassten Reform werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass begonnene Projekte, ob in Planung oder Bau, nicht wegen der Umstrukturierung auf die lange Bank geschoben werden, sondern zügig abgearbeitet werden.

Aus diesen Gründen haben wir die Zukunft dieses Bereichs der Landesverwaltung mit der Aktuellen Stunde „**Auftragsverwaltung des Bundes für Bundesstraßen sicherstellen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen, Landesinteressen wahren!**“ zum Thema im Landtag gemacht.

**LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT**

### **GESETZENTWÜRFE**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Obwohl die Aufbereitung der letzten Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs gezeigt hat, dass grundlegende Änderungen am System nicht erforderlich sind, wurde im Diskussionsprozess mit den kommunalen Spitzenverbänden deutlich, dass gerade auch aus der Sicht Hildesheims in einigen Detailregelungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG) Nachsteuerungs- und redaktioneller Anpassungsbedarf besteht. Diesem Bedarf, dem die Ergebnisse des Gutachtens nicht entgegenstehen, wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Rechnung getragen.

Beschlossen haben wir ist eine Aktualisierung der Aufteilungsverhältnisse der Finanzausgleichsmasse, indem zur Berechnung auf aktuelle Zahlen zurückgegriffen wird. Gleichzeitig sollen die Einwohnerinnen und Einwohner der gemeindefreien Bezirke der Einwohnerzahl der Gemeinden hinzugerechnet werden, deren Infrastruktur und Leistungen sie überwiegend in Anspruch nehmen und die stark vom Abzug der Stationierungsstreitkräfte und der damit verbundenen Konversionslasten betroffen sind. Es soll darüber hinaus eine Anpassung des Bedarfsansatzes auf Kreisebene erfolgen, um dort die Belastungen aus der demografischen Entwicklung im gebotenen Umfang anzuerkennen.

Letztlich hat sich insbesondere auch am Beispiel Hildesheims gezeigt, dass die bisherigen Regelungen zur Einwohner\_innen-Quote dringen angepasst werden mussten. Durch die Überschreitung der 100.000 Einwohner\_innen-Grenze hat die Stadt Ausgleichszahlungen in Millionenhöhe verloren, die innerhalb eines Jahres schwer ausgeglichen werden konnten. Hinzu kam die Tatsache, dass Hildesheim zwar bereits 2014 den Großstadtstatus verloren hatte, aber die sog. Schlüsselzuweisungen im geringen Maß als Großstadt bekommen hatte. Nach den neuen, jetzt beschlossenen Regelungen, werden derartige Verwerfungen im Finanzausgleich künftig abgemildert. Nachträglich erhält die Stadt eine Ausgleichszahlung für das Jahr 2014 in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro. Aus denselben Gründen erhält auch der Landkreis eine Nachzahlung in Höhe von rd. 1 Mio. Euro.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Nach eingehenden Beratungen in den vergangenen Monaten haben wir in dieser Woche auch eine umfangreiche Novellierung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes beschlossen. Mit der Novelle haben wir, die kommunalabgabenrechtlichen Vorschriften den tatsächlichen und rechtlichen Entwicklungen sowie den Bedürfnissen der Praxis angepasst. Eine wesentliche Änderung ist die Möglichkeit, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Form von wiederkehrenden Beiträgen in den örtlichen Satzungen festzuschreiben. Wie auch in der Vergangenheit wird die Wahlfreiheit zur Erhebung der Beiträge nicht angetastet.



Darüber hinaus haben künftig neben den Erholungsorten, Kur-, Staats- und Küstenbädern auch weitere Kommunen die Möglichkeit, eine Tourismusabgabe zu erheben. Voraussetzung ist, dass in diesen Kommunen u. a. besondere touristische Sehenswürdigkeiten und Angebote vorhanden sind. Interessant ist dies insbesondere auch aufgrund der Welterbestätten für Hildesheim.

Für die SPD-Fraktion habe ich zu diesem Thema gesprochen. Meine Rede könnt ihr wie immer auf meiner Internetseite nachlesen.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes**

Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die geltenden Bestimmungen des Justizvollzugs in Niedersachsen aktueller Entwicklungen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Justizvollzugspraxis in Niedersachsen und mit Blick auf die entsprechenden Prozesse in anderen Bundesländern novelliert werden. Angepasst werden beispielsweise die Regelungen zum Täter-Opfer-Ausgleich. Die Berücksichtigung von Opferinteressen mit dem Ziel der Wiedergutmachung im Sinne einer „Restorative Justice“ (wiederherstellende Gerechtigkeit) wird zu einem zentralen Bezugspunkt der Vollzugsgestaltung erhoben.

Zudem werden die Kontaktmöglichkeiten der Gefangenen zu Personen außerhalb des Vollzuges durch Modifizierung verschiedener Vorschriften insbesondere unter dem Blickwinkel von Artikel 6 des Grundgesetzes zu gefördert.

Einen weiteren Schwerpunkt des Gesetzentwurfs stellt die Anpassung der Arbeitsvergütung von Untersuchungsgefangenen an die der Strafgefangenen dar.

### **Gemeinnützigkeit der Freifunk-Initiativen anerkennen - Bürgerschaftliches Engagement fördern**



Mit dem Beschluss vom 8. März 2016 hat der Landtag erstmals die besondere Bedeutung der Freifunk-Bewegung und ihr Wirken bei der Schaffung freier und offener Zugänge zum Internet gewürdigt. Zugleich wurde damit der Grundstein für ein Landesförderprogramm gelegt, das im Rahmen der Haushalte für die Jahre 2016/2017/2018 finanziell abgesichert wurde. Zudem hat der Landtag in weiteren Entschlüssen die Rahmenbedingungen für Errichtung und Betrieb von WLAN-Netzen (z. B. Störerhaftung) behandelt. Somit hat sich das Land Niedersachsen bereits umfänglich für den freien Zugang zu WLAN-Netzen eingesetzt. Mit diesem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Anerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit von Freifunk-Vereinen einzusetzen und eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes NRW zu unterstützen.



### **Niedersachsen - eine digitale Heimat für unser Land**

Das Domain Name System (DNS) ist ein Verzeichnisdienst im Internet, wo, ähnlich einem weltweit verteilten Telefonbuch, zu einem Namen eine oder mehrere IP-Adressen hinterlegt werden, die dann über diesen Namen erreichbar sind. Somit ist das DNS unabdingbar, um im Internet Dienste oder Informationen anbieten oder erreichen zu können. Insbesondere für Unternehmen - ob Startup oder Traditionsbetrieb - kann die Wahl der richtigen Domain von großer Bedeutung für den Erfolg der eigenen Marke sein. In Deutschland spielt dabei die .de-Domain die wichtigste Rolle: Mittlerweile sind dort über 16 Millionen Domains registriert, das Wachstum hält hierbei an. Allerdings ist dadurch das Domain-Angebot auch knapper geworden: Kurze und einprägsame Domain-Namen sind für Unternehmen und Organisationen immer schwerer zu erhalten. Im Zweifelsfall müssen für den Kauf bereits besetzter Domains erhebliche finanzielle, bisweilen gar juristische Mittel eingesetzt werden.

Ein Ausweg für viele Organisationen und Unternehmen ist die Registrierung alternativer Domains mit anderen länderspezifischen (wie z. B. .at oder .uk), generischen (z. B. .com, .net) oder artspezifischen Endungen (besondere generische Domains wie .phone, .rental usw.) - diese Form relativ junger Top-Level-Domains (TLD) ist bereits seit einigen Jahren zugelassen. Eine Sonderrolle spielen hierbei geografische Domain-Endungen (sogenannte geoTLD).

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung daher auf, sich für die Einrichtung einer Niedersachsen-Domain einzusetzen und zuvor zu prüfen, ob, wie und unter welchen Voraussetzungen (Praktikabilität, Kosten, Organisation der Domainverwaltung, Vergabe- bzw. Zulassungskriterien für Dritte) die Einrichtung einer Niedersachsen-geoTLD erfolgen könnte.

### **Dringliche Anfrage**

Die niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte werden von der Landesregierung bei der Gestaltung des regionalen Gesundheitswesens unterstützt. Für innovative Versorgungsprojekte einerseits und als Anschubfinanzierung andererseits werden jährlich 600 000 Euro für die „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ auf den Weg gebracht. Mit dem Ende 2014 von der Landesregierung initiierten Projekt der „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ werden die niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützt, neue Konzepte in der örtlichen Gesundheitsversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Die regionale Gesundheitsversorgung ist ein Schwerpunkt für die Landesregierung. Landkreise, Städte und Gemeinden sind herausgefordert, soziale und gesundheitliche Belange der Menschen direkt vor Ort bedürfnisgerecht zu gestalten. In unserer Dringlichen Anfrage **„Zukunftsprojekt Gesundheitsregionen Niedersachsen“** haben wir durch unsere Befragung die Fortschritte in Niedersachsen deutlich gemacht.

### **Nachrichten aus dem Wahlkreis**

**Niedersachsen unterstützt soziokulturelle Einrichtungen bei Modernisierungen und Ausbauten. Darunter ist auch die Kulturfabrik Löseke aus Hildesheim, die 4.500 Euro für das Projekt "Terrasse und Infrastruktur 2017" erhält.**

Auch wenn es eine vergleichsweise geringe Summe ist, ist sie in der Kulturfabrik gut aufgehoben. Die Kufa ist im Raum Hildesheim ein einzigartiges Juwel und ein Aushängeschild gerade auch für die Uni-Stadt Hildesheim. Jeder Euro hilft unserem soziokulturellen Zentrum attraktiv und modern zu bleiben und den Hildesheimerinnen und Hildesheimern weiterhin ein attraktives Angebot zu bieten. Insgesamt werden neun soziokulturelle Zentren mit Landesmitteln unterstützt, die der Landesbeirat Soziokultur zur Förderung empfohlen hat.

### **Musikfördermittel für Trillke Gut und Fredener Musiktage**

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur fördert in diesem Jahr mit 455.000 Euro musikalische Veranstaltungen. Hiervon profitieren insgesamt 36 Musikprojekte in Niedersachsen. Gefreut habe ich mich, dass sich darunter auch zwei Veranstaltungen aus der Region Hildesheim befinden. Das Folk'n' Fusion-Festival des Trillke-Guts wird mit 9.500 Euro und die internationalen Fredener Musiktage mit 9.000 Euro gefördert.

Alle von der Jury ausgewählten Projekte zeichnen sich durch Konzepte zur Musikvermittlung aus, mit denen neue Publikumsgruppen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewonnen werden. Ausschlaggebend für die Auswahl waren Empfehlungen einer Musikkommission, die aus ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren der niedersächsischen Musikszene besteht.



## IM WAHLKREIS UNTERWEGS

Auch im Februar haben noch zahlreiche **Jahresempfänge** in den Stadtteilen stattgefunden. Dabei ist kein Empfang wie der Andere. Immer werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Mal ist es der Brückenschlag zwischen Kirchen- und Ortsgemeinschaft, mal die Auszeichnung verdienter Bürger\_innen und ein anderes Mal ein ausgedehntes Kulturprogramm, wie ihn in diesem Jahr der Ortsrat Moritzberg/Bockfeld gesetzt hat. Eines haben aber alle Jahresempfänge gemeinsam: Es ist immer eine gute Gelegenheit mit den unterschiedlichen Akteuren aus Ortsteilen im Gespräch zu bleiben und auch neue Kontakte zu knüpfen.



Austausch mit jungen Kommunalpolitiker\_innen: Bereits Ende des letzten Jahres hat das **Hildesheimer Jugendforum** einen neuen Vorstand gewählt. Dies habe ich jetzt zum Anlass genommen und dem neuen Vorstand einen Besuch abgestattet. Hierbei haben wir uns nicht nur über aktuelle politische Themen aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ausgetauscht. Auf der Tagesordnung haben auch die aktuellen Projekte des frisch gewählten Vorstandsteams gestanden. Geplant sind Informationsveranstaltungen zur Bundes- und Landtagswahl und Aktionen rund um eine mögliche

Bewerbung Hildesheims zur Kulturhauptstadt 2025. Ich freue mich auch die verabredete weitere Zusammenarbeit, die wir gleich am kommenden Donnerstag mit einem weiteren Austausch in der Ratsfraktion fortsetzen werden.

## Hermann Rappe ist 70 Jahre SPD-Mitglied



In einem sehr würdigen Rahmen haben wir unseren langjährigen ehemaligen Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe für sein Parteijubiläum geehrt. 70 Jahre Mitglied der SPD – was für eine stolze Zahl! Klar, dass diese Würdigung kein geringerer, als unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel im Riedelsaal der VHS vorgenommen hat. „Zu allererst bin ich Sozialdemokrat“, unterstrich Hermann in seiner



Dankrede. Beeindruckend auch sein Plädoyer für Demokratie und Freiheit vor dem Hintergrund zunehmender rechtspopulistischer Tendenzen.

Neben der Jubilarehrung für Hermann Rappe war diese Veranstaltung auch der Auftakt zum Bundestagswahlkampf für unseren Kandidaten Bernd Westpahl. Auf geht's. Packen wir es an!



Antonia Hillberg ist neue Vorsitzende der **Jusos im SPD-Unterbezirk Hildesheim**. Einstimmig wurde Antonia auf der Juso-Unterbezirkskonferenz im Torhaus zur Nachfolgerin von Oliver von Ganski gewählt. Dem neuen Vorstand gehören als gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende außerdem an: Kai Birkenfeld (Harsum), Niklas Brockmann (Gronau), Oliver von Ganski (Sarstedt), Hendrik Knackstedt (Hildesheim), René Laske (Hildesheim), Felix von der Lieth (Hildesheim), Sarah Rudolph (Hildesheim), Daniela Rump (Nordstemmen), Johanna Schmidt (Hildesheim), Martin Wincek (Bad Salzdetfurth) und Ann-Kathrin Wucherpfeffig (Harsum).

Zusammen mit unserem stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden Sven-Björn Wieduwilt habe ich an der Konferenz teilgenommen. U. a. haben wir über aktuelle Anträge der Jusos zur Verlegung von Schulanfangszeiten und Themen aus dem zur Kommunalwahl 2016 erstellten Jugendwahlprogramm diskutiert. Einen ersten Erfolg können die Jusos bereits verbuchen. Ihre Forderung aus dem Kommunalwahlprogramm zur Ausweitung der kostenlosen Schüler\_innen-Beförderung ab dem 11. Jahrgang, haben die Fraktionen von Stadtrat und Kreistag jetzt aufgegriffen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem neuen Juso-Unterbezirksvorstand an diesem und vielen weiteren Themen.

## **Termine**

### **Wahlkreis-Konferenz am 31. März mit**



#### **Boris Pistorius**

Am Freitag, 31. März findet die Wahlkreis-Konferenz für die Landtagswahl 2018 im Wahlkreis 21 – Hildesheim – statt. Ich freue mich sehr, dass unser Innenminister Boris Pistorius bereiterklärt hat, im Rahmen dieser Wahlkreis-Konferenz zu sprechen. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr in der Bischofsmühle. Neben den Delegierten sind interessierte Genossinnen und Genossen natürlich herzlich willkommen. Ich

würde mich sehr freuen, euch dort zu sehen.

Soweit mein Bericht aus dem Landtag zum März-Plenum. Der nächste Plenarabschnitt ist für die Zeit vom 4. bis 7. April nach den Osterferien angesetzt. Danach gibt es dann auch wieder einen neuen Newsletter. Bis dahin wünsche ich Euch allen eine schöne Zeit und verbleibe mit

herzlichen Grüßen

*Bed*